

Nur Papier



Norbert Holst
über das Dublin-Abkommen

Wird dem de facto ausgesetzten Dublin-Abkommen neues Leben eingehaucht? Das Bundesinnenministerium will nun auf Basis der Dublin-Regeln Flüchtlinge nach Griechenland zurückführen. Bislang waren Überstellungen gestoppt, weil dort eine menschenwürdige Versorgung nicht möglich war. Und seit Jahreswechsel schickt die Bundespolizei Hunderte Flüchtlinge, die etwa einen Asylantrag in Schweden stellen wollen, zurück nach Österreich. Denn ein Migrant muss dort Asyl beantragen, wo er EU-Boden betritt. Deshalb können die Regelungen aber nur auf jene Migranten angewendet werden, die in einem anderen EU-Staat registriert sind. Das ist aber selten der Fall, weil fast alle Länder auf der Balkan-Route die Flüchtlinge durchgewunken haben.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) verfolgt mit „Dublin reloaded“ zwei Ziele. Nach außen soll Menschen in Syrien und Irak signalisiert werden, dass es künftig schwerer sein wird, in Deutschland Asyl zu bekommen. Nach innen lautet seine Botschaft: Wir versuchen den Zuzug spürbar zu verringern. Doch die Praxis wird zeigen: In diesem Europa gibt es Dublin nur noch auf dem Papier. Bericht Seite 4
norbert.holst@weser-kurier.de



Klaus Stuttmann

Eingeknickt



Peter Mlodoch
über Bürgerentscheide

Nach einem langen Hin und Her macht sich Rot-Grün in Niedersachsen nun endlich daran, die Vorgabe des Koalitionsvertrages von 2013 für mehr direkte Demokratie umzusetzen. Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen sinken. Doch der ganz große Mut fehlt dem Kabinett aus SPD und Grünen; die Novelle bleibt aus Wähler-sicht weit hinter den Regeln in anderen Bundesländern zurück.

Das gilt nicht nur für die im Vergleich immer noch zu hohen Prozentgrenzen zur Einleitung eines Begehrens oder für den Erfolg eines Entscheids. Niedersachsen traut auch seinen Einwohnern bei der wichtigen Frage der Bauleitplanung offenbar nicht über den Weg. Über Wohngebiete, Industrieansiedlungen oder große Straßenprojekte sollen die Bürger bitte schön auch künftig nicht mitreden dürfen. Warum die rot-grüne Regierung hier vor dem Widerstand der Kommunalen Spitzenverbände eingeknickt ist, erschließt sich nicht. Anderorts – selbst im schwarz geführten Bayern – funktioniert diese Form der Mitsprache doch auch ganz gut, ohne dass die Verwaltung dadurch lahmgelegt würde. Bericht Seite 14
hannover@weser-kurier.de

Spaniens Krankheit heißt Stillstand



Ralph Schulze
über die Krise in Madrid

Schlimmer hätte es für Spanien kaum kommen können: Der konservative Ministerpräsident Mariano Rajoy hat nach seiner Wahlschlappe im Dezember praktisch keine Chance, eine neue Regierung zu bilden. Die oppositionellen Sozialisten sind so zerstritten, dass auch eine Mitte-Links-Regierung unter Einschluss der neuen und mächtigen Protestbewegung Podemos in immer weitere Ferne rückt.

Ein monatelanger Machtkampf droht das Königreich zu lähmen. Ein politisches Ringen, das nach derzeitiger Lage wenig Aussicht auf einen Sieger, aber jetzt schon zwei Verlierer hat: den spanischen Wähler, der hilflos zusehen muss, wie das angeschlagene Land vor sich hin schliddert. Und die EU, die zittert, dass Spanien, in dem eigentlich leichte Hoffnung auf Erholung bestand, wieder von der Bahn abkommt.

Ende Januar will Rajoy den verzweifelten Versuch starten, vom Parlament erneut zum Regierungschef gewählt zu werden. Seine Wiederwahl sei „das Beste für das Land“, glaubt er selbst. Doch sie gilt als praktisch unmöglich.

Vor allem, weil Rajoy nach vier Jahren Austeritätspolitik (sie steht für Einsparungen und Entbehrungen), die er im Alleingang und ohne Dialog durchgesetzt hat, viel verbrannte Erde und eine zornige Opposition hinterlassen hat. Auch der Verdacht, dass der Premier in Korruptionsfälle verwickelt ist oder diese zumindest deckte, hat zum Vertrauensbruch beigetragen.

Wenn bis Ende März keine Regierung steht, muss Spaniens König und Staatsoberhaupt Felipe Neuwahlen ansetzen,

die dann vielleicht Ende Mai stattfinden könnten. Ein Albtraum, der das Land, das sich bereits seit Sommer 2015 im Wahlkampfmodus befindet, erneut in eine zermürbende, teure Stimmen-schlacht stürzen und den politischen Stillstand weiter verlängern würde.

Politische Erstarrung ist jedoch das Letzte, was sich Spanien derzeit erlauben kann. Denn die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch lange nicht überwunden. Spaniens Schuldenberg wächst weiter, zumal Rajoy die von der EU-Kommission geforderte Ausgaben-disziplin zuletzt wieder über Bord geworfen und das Haushaltsdefizit nicht unter Kontrolle gebracht hat. Es war 2015 mit annähernd fünf Prozent das höchste der

Konservative haben, gemessen am Wahlergebnis, 71 Prozent der Bevölkerung gegen sich. Vermutlich auch, weil von wirtschaftlicher Erholung wenig zu spüren ist. Die offiziellen Regierungsmeldungen über die „Schaffung von Hunderttausenden neuen Jobs“ fallen in sich zusammen, wenn man weiß, dass 90 Prozent dieser Arbeitsplätze „Müll-Zeitverträge“ sind, die nur einige Tage, Wochen oder Monate bestehen. Die offizielle Arbeitslosenquote ist mit 21 Prozent weiterhin schockierend hoch. Die Quote der von Armut bedrohten Spanier ist unter Rajoy auf nahezu 30 Prozent gewachsen. Hunderttausende junge Leute, die keinen vernünftigen Job und kein Auskommen haben, müssen ihr Glück im Ausland suchen.

Die Rentenkasse wurde von der konservativen Regierung ausgeplündert, um wenigstens die ältere Bevölkerung, aus der sich Rajoy's Wähler vorwiegend rekrutieren, bei der Stange zu halten. Diese Suppe muss demnächst die junge Generation auslöffen, die sich freilich ohnehin frustriert von der konservativen Volkspartei abgewandt hat und Spaniens Protestparteien, die große linksalterna-tive Bewegung Podemos (Wir können) und die kleinere liberale Plattform Ciudadanos (Bürger), erstarken ließ.

Völlig brach liegt zudem die Umweltpolitik, die ja ebenfalls etwas mit Zukunftsvisionen zu tun hat. Es spricht für die Kopflösigkeit der bisherigen Regierung, dass ausgerechnet in einem Land, das vom Klimawandel mehr als andere betroffen sein wird, die umweltbelastende Kohlekraft hochgefahren und die sauberen Energiequellen Sonne, Wind und Wasser heruntergedreht wurden.

Arbeit und Herausforderungen für eine neue Regierung gibt es mehr als genug. Umso schlimmer, dass durch quälend langes Machtgerangel wertvolle Zeit verrinnt. politik@weser-kurier.de

Der spanische Wähler muss hilflos zusehen, wie das angeschlagene Land vor sich hin schliddert.

ganzen Eurozone. Und Spaniens erstaunliches Wirtschaftswachstum, das aktuell auf rund drei Prozent geschätzt wird, ist – wenigstens zum Teil – ein Aufschwung auf Pump.

Auf einem anderen Blatt steht, ob von einer neuen Mitte-Links-Regierung unter Führung der Sozialisten mehr Sparsamkeit zu erwarten wäre. Sozialistenchef Pedro Sánchez wie der Podemos-Vorsitzende Pablo Iglesias sind erklärte Gegner der EU-Austeritätspolitik. Beide wollen die Defizitziele lockern und die stark geschrumpften Etats für Arbeitsförderung, Bildung, Forschung und staatliche Investitionen wieder ausbauen.

Wenig Zweifel besteht daran, dass ein Wandel in Spanien nottut. Denn Rajoy's

Die Rheinpfalz

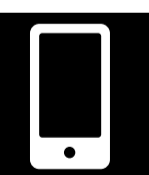
über die Asylpolitik: „Der Druck der eigenen Basis und die bevorstehenden Landtagswahlen bringen Unionsparteien und SPD dazu, ihre Asylpolitik beinahe täglich zu ändern. Ein ‚Plan B‘ fehlt allerdings nach wie vor. Erst vor vier Wochen hat sich der Karlsruher CDU-Parteitag einmütig hinter die Merksche Willkommenskultur gestellt. Nun genügt ein Wochenende, und der Parteivorstand verschärft den Ton. Die CDU will inzwischen schon im Falle von Bewährungsstrafen das Recht auf Asyl aussetzen.“

„Neue Osnabrücker Zeitung“

über Köln und die Folgen: „Die Polarisierung der Gesellschaft ist besorgniserregend. Ihr zu begegnen, wird neben der Aufnahme der Flüchtlinge die zweite große Herausforderung des Jahres sein. Damit Deutschland die Zerreißprobe unbeschadet besteht, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte.“

Lausitzer Rundschau

über den Ausstieg aus der Kohleverstromung: „Deutschland hat sich in Elm- au beim G7-Treffen und in Paris beim Klimagipfel für eine ‚Dekarbonisierung‘ des Wirtschaftens eingesetzt, Kanzlerin und Umweltministerin persönlich. Wenn es aber um die Umsetzung in eigenen Land geht, zögert man. So werden die deutschen Klimaziele verfehlt. Und den betroffenen Regionen hilft es letztlich auch nicht, wenn die Entscheidung, die sowieso irgendwann kommen muss, immer weiter hinausgeschoben wird.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Wie ein Nährstoff zum Schadstoff verkommt

Florian Schöne
über den Einsatz von Gülle

Die intensive Agrarwirtschaft in Deutschland verursacht seit Jahrzehnten erhebliche Dünge-Überschüsse. Das politisch erklärte Ziel, den Düngemiteinsatz in der Landwirtschaft auf ein umweltverträgliches Maß zurückzuführen und dabei Wirtschaftsdünger wie Gülle wieder als wertvollen Nährstofflieferanten zu begreifen, wurde bislang nicht erreicht. Im Gegenteil: In vielen Regionen ist der Stickstoffüberschuss in den vergangenen Jahren infolge des Booms bei Massentierhaltung und Biogasanlagen deutlich angestiegen und beträgt im Schnitt rund 100 Kilogramm pro Hektar. Ein Teil der Überschüsse gelangt in Luft und Wasser – und belastet unter anderem

das Grundwasser, die Hauptquelle unseres Trinkwassers. Über die Hälfte der Grundwasservorkommen in Deutschland weist zu hohe Nitratwerte auf. In 60 Prozent der niedersächsischen Grundwasserkörper wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter und damit der Grenzwert für Trinkwasser überschritten. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission im vorigen Jahr ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik wegen unzureichender Umsetzung der Nitrat-Richtlinie eingeleitet.

Besonders betroffen ist das westliche Niedersachsen, wo eine sehr hohe Viehdichte auf viele Biogasanlagen sowie auf Gülle-Importe aus den Niederlanden stößt. Allein im Weser-Ems-Gebiet fehlen dadurch fast 200.000 Hektar Fläche für eine umweltverträgliche Gülleausbringung. Für die bloße Entsorgung der Gülle werden daher hohe Beträge gezahlt: Der einstmals wertvolle Nährstoff verkommt zune-

hend zu einem Schadstoff. In der Folge mussten in den vergangenen Jahren gerade in Niedersachsen zahlreiche Brunnen aufgegeben oder in tiefere Schichten verlagert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern zahlreiche Trinkwasserversorger und Wasserwerke seit vielen Jahren grundlegende Verbesserungen des Düngerechtes. Auch aus Umweltsicht ist eine grundlegende Nachbesserung der agrar- und umweltpolitischen Handlungsinstrumente überfällig. Dies betrifft insbesondere die laufende Novelle der Düngeverordnung, bei der deutlich anspruchsvollere Ziele zur Stickstoffreduzierung vereinbart werden müssen.

So sollte der maximal zulässige Nährstoffüberschuss auf ein Minimum beschränkt und eine vollständige Bilanzierung aller Nährstoffe eingeführt werden. Um Gülletourismus zu vermeiden, sollte zudem jeder Landwirt sämtliche Nährstoffströme transparent in einer Datenbank do-

kumentieren. Schließlich sind Sanktionen bei Überdüngung einzuführen, damit insbesondere in den Gülle-Hochburgen die Probleme bewältigt werden können. Wenn es nicht bald gelingt, die Nährstoffmengen in umweltverträglichere Bahnen zu lenken, werden wir neben dem Trinkwasserschutz zahlreiche weitere Ziele des Natur- und Klimaschutzes deutlich verfehlen.



Gastautor **Florian Schöne (47)** ist Agrarexperte und stellvertretender Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik in der Bundesgeschäftsstelle des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in Berlin.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE unabhängige und überparteiliche Tageszeitung FÜR STADT UND KREIS VERDEN unabhängig und überparteilich
Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner - Bremen:
André Fesser (Komm.) - Wirtschaft: Philipp Jäkelin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meinking - Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.
Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Tanja Bittner, Vincent Koss
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.
Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de
Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 2
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen
Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de